Pressemitteilung:

Grüne sorgen sich um Kitas in Hildesheim

Die Grünen der Stadt Hildesheim und der Kita-Stadtelternrat fordern ein zeitgemäßes KiTa-Gesetz

Nach 27 Jahren wurde vom Kultusministerium ein neues KiTa-Gesetz vorgelegt, das die Träger der Kitas und die Verbände von Erzieher*innen und Eltern auf allen Ebenen enttäuscht. Sowohl die Grüne Stadtratsfraktion als auch der Kita-Stadtelternrat vermissen in dem Entwurf eine Qualitätsverbesserung. Die Grünen wollen die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für die Erzieher*innen verbessern, um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen, die Inklusion im Gesetz verankern und eine Fachberatung etablieren. Die Kitas in der Stadt Hildesheim klagen über die Belastungen, die durch die Coronapandemie verstärkt wurden. Zudem wurde ihr Aufgabenbereich in den letzten Jahren immer weiter ausgeweitet, ohne den Betreuungsschlüssel entsprechend anzupassen

Ursula Oehlschläger, sozialpolitische Sprecherin der Grünen Stadtratsfraktion, sagt ganz klar: "Das aktuelle KiTa-Gesetz genügt an vielen Stellen nicht mehr den gewachsenen Aufgaben der Erzieher*innen, der quantitativ stark gestiegenen Nachfrage durch Eltern nach guter frühkindlicher Bildung und den vielfältigen Ansprüchen und Bedarfen der Kinder." "Nach den belastenden vergangenen Monaten wäre eine Umsetzung des Gesetzes in der vorliegenden Form ein Schlag ins Gesicht für alle Beteiligten. Es gibt kaum Positives, das Thema Inklusion wird gar nicht bedacht, die Erzieher*innen bekommen weder Entlastung noch Unterstützung,", sagt Marcus Hollenbach, Vorsitzender des Kita-Stadtelternrates. Wenn das Land nicht endlich Geld für die Kleinsten in die Hand nimmt und die Ausbildungsbedingungen deutlich verbessert, kann das System den berechtigten Ansprüchen aller nicht mehr gerecht werden. Das können wir uns auch als Gesellschaft nicht leisten.

Die Qualität in den Kitas muss dringend verbessert werden, das zeigt auch eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung, die die aktuellen Bedingungen in niedersächsischen Kitas als nicht kindgerecht beschreibt. Obwohl Kultusminister Tonne immer beschwichtigt hat, dass die Gebührenfreiheit nicht zu Lasten der Qualität in den Kitas ginge, passiert nun aber genau das. Oehlschläger: "Das Kultusministerium muss auf die Fachleute der Verbände und die Eltern hören und das Gesetz dringend nachbessern." "Sonst wird es den bildungspolitischen Herausforderungen der Zukunft nicht gewachsen sein", mahnt auch Hollenbach.

Mai 2021